

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins
Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke
Band: 34 (1943)
Heft: 22

Rubrik: Das Postulat Klöti über die Ausnützung der Wasserkräfte vor dem Ständerat

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

neuen System erlaubt. Das Vorsatzkästchen¹⁾ durfte, um die Wirtschaftlichkeit des Systems nicht in Frage zu stellen, nur minimale Gesteungskosten beanspruchen. In Anbetracht des primitiven Aufwandes stellt es daher eine sehr elegante Lösung dar, deren einziger Nachteil eine gewisse Spannungsempfindlichkeit ist. Diese erfordert präzisere Einstellung der ankommenden Hochfrequenzspannung und vermehrten Aufwand für die Ueberwachung der Pegelhaltung.

¹⁾ Bull. SEV 1943, Nr. 21, S. 649.

Das von der Versuchssektion der schweizerischen Telephonverwaltung entwickelte Hochfrequenz-Telephon-Rundspruchsystem stellt in jeder Beziehung eine eigene schweizerische Lösung dar. Es hat trotz der zeitbedingten Behinderung der Entwicklung bereits auf einen bemerkenswerten Grad von Vollkommenheit und Betriebssicherheit gebracht werden können. Trotz alledem sind bereits verschiedene Probleme in Bearbeitung, deren Verwirklichung erhebliche Fortschritte sowohl in technischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht bringen wird.

Das Postulat Klöti über die Ausnützung der Wasserkräfte vor dem Ständerat

627.8 09(494)

Das Postulat Klöti kam am 22. und 29. September vor dem Ständerat zur Behandlung. Wir geben im folgenden aus dem stenographischen Bulletin einige wichtige Punkte dieser Verhandlungen wieder, namentlich diejenigen, aus denen der Standpunkt des Motionärs und der des Bundesrates hervorgeht.

(Eine beschränkte Anzahl Exemplare des vollständigen stenographischen Bulletins steht Interessenten bei der Gemeinsamen Geschäftsstelle des SEV und VSE, Seefeldstr. 301, Zürich 8, zur Verfügung.)

Das Postulat Klöti lautet:

Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und beförderlich zu berichten, ob es nicht geboten sei, dass der Bund zusammen mit den grösseren Elektrizitätsunternehmen und Verbrauchergruppen ein gesamtschweizerisches Unternehmen ins Leben rufe, das die Aufgabe hätte, die Werke zur Ausnützung der noch verfügbaren bedeutenderen Wasserkräfte zu projektieren, in der dem Landesinteresse entsprechenden Reihenfolge zu erstellen und zu betreiben.

Mitunterzeichner: Schaub, Wenk.

Le Conseil fédéral est invité à présenter le plus tôt possible un rapport sur la question suivante: Ne serait-il pas indiqué que la Confédération créât, avec le concours des grandes entreprises d'électricité et des grands groupements de consommateurs, une entreprise générale qui aurait pour tâche d'établir des projets d'usines permettant d'utiliser les forces hydrauliques — considérables — qui sont encore disponibles, puis de construire et d'exploiter ces usines dans l'ordre imposé par l'intérêt du pays?

Cosignataires: Schaub, Wenk.

Ständerat Klöti, Zürich, begründet das Postulat folgendermassen: Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung in der gegenwärtigen Kriegszeit haben dem Schweizervolk erneut den Wert unserer Wasserkräfte zum Bewusstsein gebracht. Im ganzen Volke herrscht daher der lebhafteste Wunsch, dass dieses nationale Gut noch mehr als bisher ausgenützt und in den Dienst der Bevölkerung gestellt werde. Wenn auch freilich ausser Zweifel steht, dass die heutige grosse Differenz zwischen dem Preise der Kohle und dem der aus Wasserkraft gewonnenen Energie sich nach dem Kriege wieder stark verringern wird, dass wir uns daher vor übertriebenen Vorstellungen hüten müssen, so kann doch als sicher angenommen werden, dass, auf längere Sicht betrachtet, die Kohlenpreise stetig steigen werden, während die Gesteungskosten der elektrischen Energie, dank der Vervollkommenung der Ausnützung der Wasserkräfte, zurückgehen werden, so dass manche Projekte, die bisher nicht rentabel erschienen, verwirklicht werden können. Neben den Ueberlegungen der Rentabilität sprechen aber auch die volkswirtschaftlichen Interessen an einer vom Ausland möglichst unabhängigen Energieversorgung für die intensivere Ausnützung unserer Wasserkräfte. Auch wenn der Energiebedarf mit der zunehmenden Sättigung der Wirtschaft allmählich in weniger

steiler Kurve ansteigen wird als in den letzten zwei Jahrzehnten, kann mit Sicherheit angenommen werden, dass er noch lange nicht seinen Höchststand erreicht haben wird. Der Bau neuer Kraftwerke ist daher eine unbedingte Notwendigkeit, und man ist allgemein der Auffassung des Bundesrates, dass, unbekümmert um die Bedarfsfluktuationen der allernächsten Zeit, der Bau neuer Kraftwerke und der Ausbau bestehender Werke in den Dienst der Arbeitsbeschaffung für die Kriegskrisenzeit zu stellen sei.

Da die Schaffung grosser Staubecken zur Deckung des Bedarfes der Winterzeit besonders nötig ist, stehen bekanntlich die beiden Grossspeicherwerke Rheinwald und Urseren im Vordergrund des Interesses. Fast täglich erscheinen Artikel und Broschüren für oder gegen eines der beiden Projekte. Aber diese Äusserungen sind meistens nicht ganz objektiv. Sie stammen entweder aus dem Kreise von Konzessionsbewerbern oder von interessierten Grundeigentümern oder aus Kreisen des Natur- und Heimatschutzes.

Dem einzelnen Bürger ist es bei dieser Diskussion nicht behaglich. Er hat zu wenig Einblick in das gesamte Gebiet der Energiewirtschaft und in die Verhältnisse der betreffenden Gegenden, als dass er von sich aus die Äusserungen kritisch würdigen und herausfinden könnte, was objektiv richtig sei. Es besteht daher in weiten Kreisen der Bevölkerung, mit Einschluss der Parlamentarier, der Wunsch nach Aufklärung durch eine Instanz, von der man weiss, dass sie unparteiisch und ausschliesslich vom Standpunkt des Gesamtinteresses aus zu dem Problem Stellung nimmt.

Man möchte vor allem auf folgende Fragen eine objektive Antwort erhalten:

1. Wie hoch ist der Energiebedarf des Landes für die nächsten zwei Jahrzehnte zu schätzen?
2. Durch welche Art neuer Kraftwerke wird er am besten gedeckt?
3. Ist der sofortige Bau eines der beiden Gross-Speicherwerke Rheinwald oder Urseren angezeigt, oder soll man sich zunächst mit dem Ausbau bestehender Werke und der Erstellung bescheidenerer Speicherwerke begnügen?
4. Wenn der Bau eines der Gross-Speicherwerke geboten ist, welches von ihnen verdient unter Berücksichtigung nicht nur der Rentabilität, sondern auch der Interessen der ansässigen Bevölkerung und des betreffenden Kantons sowie des Natur- und Heimatschutzes den Vorrang?
5. Besteht Gewähr dafür, dass die Ausnützung der Wasserkräfte, deretwegen eine ansehnliche Zahl von Familien ihre Heimstätten verlassen müssen, restlos in den Dienst des Volkes gestellt wird und nicht Objekt privatmonopolistischer Spekulation wird?

Dass nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Einwohner der eventuellen Staugebiete der Aufklärung über diese Punkte dringend bedürfen, beweist z. B. ein Artikel der gestrigen Nummer der «Neuen Berner Zeitung», dessen Verfasser kürzlich der Einladung des Rheinwald-Konsortiums zu einem Augenschein Folge geleistet und die Gelegenheit benützt hat, auch die dem Projekte feindlich gegenüberstehende Bevölkerung anzuhören. Dem Artikel entnehmen

wir, dass der Ortspfarrer von Splügen vor den Pressevertretern erklärte: «Das Talvolk wäre ohne weiteres bereit, dem Vaterland ein Opfer zu bringen, wenn es von der Notwendigkeit des Kraftwerkbaues überzeugt wäre.» An anderer Stelle wird ausgeführt, dass die Rheinwalder fragen: «Muss eine Talschaft zufriedener, alteingesessener Bergbauern den Privatinteressen mächtiger Industriegruppen weichen?»

Die heutigen Erörterungen in der Presse erwecken auch bei manchen Bürgern die Befürchtung, dass nicht das Speicherwerk als erstes zur Verwirklichung gelange, das vom Standpunkt des Landesinteresses an erste Stelle gehört, sondern das, dessen Befürworter die geschicktere Propaganda machen und den grösseren Einfluss besitzen.

Die Diskussion um die Gross-Speicherwerke lässt die Notwendigkeit erkennen, dass nicht nur der Bundesrat, sondern auch die eidgenössischen gesetzgebenden Behörden sich wieder einmal à fond mit dem Gesamtproblem unserer Wasser- und Elektrizitätswirtschaft befassen. Es sind jetzt schon 35 Jahre her, seit Volk und Stände, veranlasst durch die Wasserrechtsinitiative, mit grossen Mehrheiten einen Artikel in die Bundesverfassung aufnahmen, aus dem wir folgende drei Sätze in Erinnerung rufen:

1. Die Nutzbarmachung der Wasserkräfte steht unter der Oberaufsicht des Bundes.

2. Die Bundesgesetzgebung stellt die zur Wahrung der öffentlichen Interessen und zur Sicherung der zweckmässigen Nutzbarmachung der Wasserkräfte erforderlichen Bestimmungen auf.

3. Der Bund ist befugt, Bestimmungen über die Fortleitung und Abgabe der elektrischen Energie zu erlassen.

Seit dem Erlass des Wasserrechtsgesetzes vom 22. Dezember 1916, das gestützt auf den Verfassungsartikel von der Bundesversammlung beschlossen worden ist, ist mehr als ein Vierteljahrhundert verstrichen, ein Zeitraum, innerhalb welchem die Energiewirtschaft eine gewaltige Entwicklung durchgemacht und eine ungeahnte Bedeutung im wirtschaftlichen und kulturellen Leben unseres Landes erlangt hat. Es wäre erstaunlich, wenn das vor 27 Jahren beschlossene Gesetz den heutigen Verhältnissen und Bedürfnissen noch in vollem Umfang gerecht zu werden vermöchte. Das Gesetz von 1916 ist denn auch in der Tat in verschiedener Hinsicht revisionsbedürftig geworden. Es sei nur auf einen besonders wichtigen Punkt hingewiesen.

Im Jahre 1916 erkannte man wohl die nationale Bedeutung der Wasserkräfte. Angesichts des bloss lokalen oder regionalen Bereiches der einzelnen Elektrizitätsunternehmen glaubte man aber, dass der Bund die Führung der Energiewirtschaftspolitik im wesentlichen der Privatwirtschaft und den Kantonsregierungen überlassen könne und sich darauf beschränken dürfe, mehr kontrollierend zu wirken und nur in Ausnahmefällen regulierend und befehlend einzugreifen. Gerade die Diskussion um die Gross-Speicherwerke hat jedoch erkennen lassen, dass die Energieproduktion und damit auch die Energiewirtschaftspolitik den lokalen und regionalen Rahmen bereits gesprengt hat und zum gesamtschweizerischen Problem geworden ist. Denn beim Gross-Speicherwerk handelt es sich nicht um die Deckung des neuen Energiebedarfes einer einzelnen Landesgegend, sondern um den des ganzen Landes. Die Entscheidung über die Lösung eines so wichtigen gesamtschweizerischen Problems kann aber nicht der einzelnen Kantonsregierung und auch nicht einzelnen Kraftwerkgruppen überlassen werden, sondern muss auf gesamtschweizerischem Boden durch die dazu berufenen Instanzen erfolgen. Um beim Beispiel des Gross-Speicherwerkes zu bleiben, sei darauf hingewiesen, dass Art. 15 des Wasserrechtsgesetzes von 1916 dem Bund ausdrücklich das Recht einräumt, nach Anhörung der beteiligten Kantone im Interesse einer besseren Ausnützung der Wasserkräfte die Schaffung künstlicher Staubecken anzuordnen. Als diese Bestimmung beschlossen wurde, waren die Projekte Hinterrhein und Urseren in den Räten und in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt, wohl aber das Etzelwerkprojekt. Die Vertreter der am Etzelwerk interessierten Gegend erreichten, dass die Kompetenz des Bundes zur Anordnung künstlicher Staubecken durch folgenden Zusatz eingeschränkt wurde: «Wenn die Inanspruchnahme von Grund und Boden die Ansiedlung oder die Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung eines Kantons erheblich oder unverhältnismässig beeinträchtigen würde, so

soll die Erstellung nur mit Zustimmung des Kantons erfolgen.» Diese Einschränkung geht meines Erachtens zu weit. Da die schweizerischen Wasserkräfte Gesamtgut des Schweizervolkes sind und dieses auch grosse Summen an Flussverbauungen und Korrekturen leistet, wäre in einem revidierten Gesetz der endgültige Entscheid in die Hände der Bundesversammlung zu legen.

Meinen bisherigen Ausführungen würde es entsprechen, wenn ich meinem Postulat eine Fassung gegeben hätte, nach der der Bundesrat zu prüfen und zu berichten hätte, ob und wie die Wasserrechtsgesetzgebung den heutigen Verhältnissen anzupassen sei.

Dass ich die vorliegende Fassung gewählt habe, hat seinen Grund einerseits in dem langsamen Gang unserer Gesetzgebung, andererseits in der Dringlichkeit der Entscheidung über das Vorgehen im Kraftwerkbau.

Müsste man mit dem Entscheid über den Bau von Grosskraftwerken zuwarten, bis ein neues Wasserrechtsgesetz Rechtskraft erlangt hätte, so würde das eine Verschiebung um Jahre bedeuten. Die weitere Folge wäre, dass die Erstellung eines Gross-Speicherwerkes, das dem Tiefbau und Maschinenbau reichliche Arbeitsgelegenheit böte, nicht in das Arbeitsprogramm für die Kriegskrisenzeit eingereiht werden könnte. Dazu darf es nicht kommen.

Es stellt sich daher die Frage, ob nicht auf dem Boden des geltenden Rechts erreicht werden könne, dass der Bau neuer grosser Kraftwerke in der im Landesinteresse liegenden Art und Weise und Reihenfolge und unter bester Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit erfolge.

Die Frage darf meines Erachtens bejaht werden.

Im Volk ist man in bezug auf die Wünschbarkeit einer gesamtschweizerischen einheitlichen Energiewirtschaft weitgehend einig, so dass es einer Landesbehörde, unterstützt durch Nationalrat und Ständerat, nicht unmöglich sein sollte, vorwiegend auf dem Wege der freien Verständigung eine solche Politik zu verwirklichen. Würde sich dabei erweisen, dass eine eng begrenzte Partialrevision des Wasserrechtsgesetzes zum Gelingen des Werkes erforderlich wäre, liesse sich eine solche rasch verwirklichen.

Erste Voraussetzung für den Erfolg eines derartigen Vorgehens wäre der Uebergang des Bundes zu einer aktiven Elektrizitätswirtschaftspolitik. Einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung bedarf es dazu nicht, denn die Landesbehörde ist ermächtigt, sich jeder Sache anzunehmen, die ihres Erachtens geeignet ist, die allgemeine Wohlfahrt der Eidgenossenschaft zu fördern, wobei die Frage der Kompetenz zur Durchführung zunächst noch offen bleiben kann.

Die neue aktive Energiewirtschaftspolitik sollte meines Erachtens in erster Linie in einer Zusammenfassung aller beteiligten Kreise zu gemeinsamer, fruchtbringender Arbeit liegen.

Heute prüft ein Konsortium grosser Elektrizitätsunternehmen alle mit dem Rheinwaldwerk zusammenhängenden Fragen, ein anderes Konsortium lässt durch andere Fachmänner die Probleme betreffend das Urserenwerk prüfen. Dieser Dualismus ist nicht erwünscht. Er hat fast zwangsweise zur Folge, dass eine Rivalität zwischen den beiden Gruppen entsteht, zumal jede bemüht sein wird, die grossen Kosten der Studien durch deren Einbezug in die Projektierungskosten eines möglichst bald zur Ausführung kommenden Werkes rentabel zu machen.

Bringt man die beiden Gruppen dazu, sich zu einer Gesellschaft zusammenzuschliessen und die Studien gemeinsam durchzuführen, mit der Absicht, nachher gemeinsam die besten Lösungen in der günstigsten Reihenfolge auf gemeinsame Kosten zu erstellen und zu betreiben, etwa nach dem Muster der NOK, dann erreicht man Gleichrichtung der Interessen und verliert nicht Zeit und Geld durch gegenseitige Bekämpfung.

Ergreift der Bund die Initiative für die Bildung einer solchen Gesellschaft und wirkt er mit seinen Vertretern, vor allem seinen Fachmännern vom Wasserwirtschaftsamt und vom Elektrizitätsamt mit, zieht man auch die Organisation der Energiekonsumenten sowie die beteiligten Kantone zu, so hat man angesichts des Uebergewichtes der gemeinwirtschaftlichen Elektrizitätsunternehmen alle Gewähr dafür, dass in einer solchen gemischtwirtschaftlichen Organisation die öffentlichen Interessen in gebührender Weise wahrgenommen werden. Es dürfte dann auch weniger schwer fallen,

sich mit dem Kanton, in den ein Werk zu liegen kommt, über die Konzessionserteilung zu verständigen. Der Bund könnte sich an einer solchen Gesellschaft in gleicher Weise wie z. B. an der Zentrale für Verkehrsförderung beteiligen, es bedürfte dazu keiner Verfassungsänderung, sondern es würde ein Beschluss der Bundesversammlung genügen.

Mit dieser Anregung gehen wir weniger weit als Herr Oberst Erny, der verdiente Gründer und langjährige Leiter der NOK, der im Jahre 1926 in einer Artikelserie der «Neuen Zürcher Zeitung» den Vorschlag machte, es sei durch einen besonderen Verfassungsartikel und ein Bundesgesetz die Bildung einer privatrechtlich organisierten Elektrizitätsunternehmung mit dem Namen «Schweizerische Kraftwerke», unter Beteiligung des Bundes und mit dem Zwecke der Versorgung des Landes mit möglichst billiger Energie, zu beschliessen. Die Aktiengesellschaft sollte nach seinem Vorschlage nicht nur neue Kraftwerke in der gebotenen Reihenfolge erstellen, sondern auch bestehende Werke erwerben. Die Wasserhoheit der Kantone sollte nach seiner Meinung abgeschafft werden.

Es ist möglich, dass aus Kreisen der Privatwirtschaft gegen die Bildung einer Gesellschaft, wie wir sie im Auge haben, der Einwand erhoben wird, man unterbinde dadurch die Privatinitiative, und wieder gefordert wird, der Staat solle sich nicht in die «Wirtschaft» einmischen. Herr Oberst Erny, der gewiss nicht im Geruche steht, ein Anhänger der «Neuen Schweiz» zu sein, hat in der erwähnten Abhandlung den Einwand der Unterbindung der Privatinitiative treffend widerlegt. Er wies mit vollem Recht darauf hin, dass der Privatinitiative bei den Studien, beim Bau der Werke, bei der Konstruktion der Maschinen usw. ein weiter Spielraum gelassen sei und führte abschliessend wörtlich aus: «Die privatwirtschaftliche Tätigkeit in der Energiewirtschaft würde also nicht unterbunden, wohl aber würde der Konzessionsjägerei und dem planlosen Bau der Kraftwerke der Riegel geschoben. Soweit es sich darum handelt, braucht man eine gewisse Einschränkung der Privatinitiative nicht zu bedauern.» Ich kann diese Worte nur unterstreichen, denn die spekulative Erlangung und Ausbeutung von Wasserrechtskonzessionen ist keine volkswirtschaftlich wertvolle Privatinitiative und verträgt sich nicht mit den heutigen Auffassungen über die Ausnützung der Wasserkräfte im Dienste der Gesamtheit.

Ich will hierüber keine weiteren Ausführungen machen. Es handelt sich ja heute nicht darum, zu diesen Fragen materiell Stellung zu nehmen, sondern den Bundesrat durch das Postulat zu veranlassen, den Räten möglichst bald zu berichten, welches Vorgehen er für richtig erachtet, und durch seinen Bericht die Grundlage für eine erschöpfende und fruchtbare Aussprache über dieses aktuelle Problem zu liefern.

Zum Schlusse bemerke ich, dass meines Wissens das eidgenössische Wasserwirtschaftsamt und wohl auch das Elektrizitätsamt die hier berührten Probleme keineswegs übersehen, sondern in sorgfältiger Arbeit bereits weitgehend abgeklärt haben. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen und Studien sollten aber dem Parlament bekanntgegeben werden, denn die Festlegung der Richtlinien der künftigen Wasser- und Elektrizitätspolitik der Eidgenossenschaft ist heute eine seiner wichtigsten Aufgaben.

Ich empfehle das Postulat zur Annahme.

Bundespräsident Celio nimmt zum Postulat Klöti folgendermassen Stellung:

(Uebersetzung)

Das Postulat von Herrn Ständerat Klöti und Mitunterzeichnern ist nach Form und Inhalt so abgefasst, dass es vom Bundesrat entgegengenommen werden kann, allerdings mit einigen Vorbehalten, die ich noch nennen werde. Was bezweckt es eigentlich? Es verlangt nicht, dass der Bundesrat einen neuen Organismus schaffe, dem er selber angehört, mit der Aufgabe, die Werke zur Ausnützung der noch verfügbaren Wasserkräfte zu projektieren, zu erstellen und zu betreiben. Es verlangt vom Bundesrat einzig, dass er der Bundesversammlung einen Bericht darüber erstatte, ob eine solche Einrichtung notwendig und nützlich oder überflüssig sei. Der Bundesrat verpflichtet sich durch die Entgegennahme des Postulates also keineswegs, einen die vom Postulanten ins Auge gefasste Lösung befürwortenden Bericht vorzulegen,

sondern nur dazu, die Gründe darzulegen, die für oder gegen eine solche Lösung sprechen. Im Grunde wünscht Herr Ständerat Klöti die Ansicht des Bundesrates über die kommenden Elektrizitätswirtschaftlichen Probleme kennen zu lernen.

Ich muss sodann hervorheben, dass das vorliegende Postulat sich nicht mit der rechtlichen und tatsächlichen Lage der bereits bestehenden Elektrizitätsunternehmungen beschäftigt, sondern ausschliesslich mit der Ausnützung der bedeutenden Wasserkräfte, die noch verfügbar sind, und der rationellen Organisation der künftigen Elektrizitätswerke.

Schliesslich zielt das Postulat Klöti nach seinem Wortlaut weder auf eine Aenderung des Grundgesetzes über die Ausnützung der Wasserkräfte von 1916, noch auf einen Angriff auf die Souveränität der Kantone oder die Rechte der öffentlichen Gemeinwesen auf dem Gebiete der Wasserrechtskonzessionen.

Das ist auch gut so. Denn das Schweizervolk hat immer eifersüchtig über seine kantonalen Vorrechte gewacht. Ich möchte hier nur an die Volksabstimmung von 1908 über den Verfassungsartikel über die Wasserrechtsgesetzgebung erinnern. Erst nach dem Rückzuge der Volksinitiative von 1906, die dem Bunde auf diesem Gebiete alle Rechte übertragen wollte, wurde das Gegenprojekt der Bundesversammlung mit 300 000 gegen 56 000 Stimmen angenommen. Der aus dieser Abstimmung hervorgegangene Art. 24^{bis} der Bundesverfassung überlässt neben der Oberaufsicht und den Rechten auf die Energieausfuhr, die dem Bunde zugestanden wurden, die Ausnützung der Wasserkräfte in erster Linie den Kantonen. Ich erinnere auch an den Geist, von dem das geltende Wasserrechtsgesetz vom 22. Dezember 1916 getragen ist, und von dem der bekannte, leider verstorbene Professor Burckhardt an einer Tagung des Schweizerischen Juristenvereins in Lugano sagte, der Bund könne solange die Verantwortung für die Versorgung des Landes mit elektrischer Energie nicht selber übernehmen, als man ihm die nötigen Kompetenzen dafür nicht einräume; diese seien ihm aber im Gesetz von 1916 verweigert worden.

So umrissen, verdient das Postulat des Herrn Ständerat Klöti, durch den Bundesrat aufmerksam geprüft zu werden, um so mehr, als es in den Postulaten Gnägi von 1921, Grimm von 1923 und Gelpke von 1925 bereits Vorläufer hatte. Im Jahre 1926 schlug Herr Ständerat Wettstein in einer Versammlung über das Thema der Energiewirtschaft die Gründung eines Nationalen Institutes ähnlich der Nationalbank vor; dieses Institut sollte das Monopol für die Ausfuhr elektrischer Energie erhalten; auf dem Inlandsmarkte hätte es die Rolle einer Ausgleichsstelle gespielt (Vereinheitlichung der Tarife, Kampf gegen den Missbrauch des Zwischenhandels usw.).

Bis der Bundesrat den verlangten Bericht vorlegt, ist es heute schon angezeigt, den Stand unserer Energieproduktion öffentlich darzustellen. Es wird sich ergeben, dass die Schweiz auf diesem Gebiete bis heute immer an der Spitze aller Länder gestanden hat.

Wenn man sich ein möglichst klares und vollständiges Bild über die ungeheuren Dienste machen will, die die Wasserkraftnutzung unserer Volkswirtschaft geleistet hat, muss man zwischen zwei Produzentengruppen unterscheiden: derjenigen der Unternehmen, die Energie für ihre eigenen Bedürfnisse erzeugen, und derjenigen der Werke, welche Elektrizität für andere Verbraucher herstellen. 23 % der in der Schweiz erzeugten Energie fallen auf die erste und 77 % auf die zweite Gruppe.

Zur ersten Gruppe gehören die Schweizerischen Bundesbahnen, die in ihren Werken bekanntlich fast alle Energie erzeugen, die sie benötigen; sodann die elektrochemische Industrie (mit Sitz hauptsächlich im Wallis), für die die Elektrizität ein wesentlicher Faktor für ihre Produktion ist. Die wirtschaftliche und auch die politische Bedeutung einer Unabhängigkeit auf dem Gebiete der Elektrizität muss ich wohl nicht besonders betonen. Wenn ein Staat den Bedürfnissen des Betriebes der grössten Verkehrsunternehmung und eines der wichtigsten Industriezweige genügen kann, so bedeutet das namentlich heute nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen politischen Wert!

In der zweiten Gruppe — der für Dritte produzierenden Elektrizitätswerke — halten wir drei Arten von Produzenten

auseinander, nicht nur mit Bezug auf die Energiemengen, die sie liefern, sondern auch hinsichtlich ihrer rechtlichen Form. Es sind die kommunalen, die kantonalen und die privaten Werke.

Zunächst die *Gemeindewerke*, die Bestandteil der Gemeindeverwaltungen sind. Das Elektrizitätsgesetz von 1902 gewährt ihnen in seinem Art. 46 einen besonderen Schutz; die Gemeinden können nämlich «zum Schutze ihrer berechtigten Interessen das Recht zur Mitbenützung ihres öffentlichen Eigentums für Einrichtungen zur Abgabe elektrischer Energie innerhalb der Gemeinde verweigern oder an beschränkende Bestimmungen knüpfen». Es gibt in der Schweiz rund 600 Gemeindeunternehmen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit elektrischer Energie versorgen. Die erforderliche Energie wird zum grossen Teil von gemeindeeigenen Werken erzeugt; zum andern Teil wird sie von den kantonalen Werken und schliesslich, in einigen besonderen Fällen, von privaten Werken bezogen. Die Mehrzahl der Gemeindeunternehmen ist eine wichtige Quelle indirekter Steuern und liefert einen ansehnlichen Teil ihrer Einnahmen an die Gemeindekassen ab.

An zweiter Stelle stehen die *kantonalen Werke*. Das älteste ist dasjenige von Fryburg, gegründet 1902, das jüngste das von Nidwalden aus dem Jahre 1934.

Die Gebiete, in denen die Bevölkerung durch *private Unternehmen* versorgt wird, sind sehr beschränkt. Die privaten Werke konzentrieren heute ihre Tätigkeit auf die Produktion und die Ausfuhr von Energie.

Die drei Arten der für Dritte produzierenden Werke stehen in folgendem Verhältnis zueinander: die Gemeindewerke beliefern 55 % der Bevölkerung, die kantonalen Werke 31 % und die privaten Unternehmen und Genossenschaften den Rest. Die Energieerzeugung verteilt sich zu 31 % auf die Gemeindewerke, zu 30 % auf die kantonalen und zu 39 % auf die privaten Werke.

Mit grosser Genugtuung unterstreiche ich den entscheidenden Anteil der öffentlichen Korporationen an der energie-wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Es beweist dies vor allem, dass Bevölkerung und verantwortliche Behörden Voraussicht und Initiative besitzen. Es beweist ferner, dass dieses wertvolle Rohmaterial, das die Elektrizität für unser Land darstellt, nicht ausschliesslich ein Objekt privater Ausbeutung geworden, sondern Eigentum des Volkes geblieben ist in den verschiedenen Organisationsformen der Unternehmen und Gesellschaften, die es ausgewertet haben und verteilen. Tatsächlich sind viele unter ihnen trotz ihrer äussern juristischen Form wahre Gemeinschaften zwischen Kantonen, Gemeinden und Verbrauchern. Als typische Beispiele führe ich die Bernischen Kraftwerke (BKW) und die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) an.

In den letzten Tagen ist mir eine interessante Statistik vor Augen gekommen. Darin war hervorgehoben, dass ungefähr 70 % der in Wasserkraftwerken investierten Kapitalien Gemeinden und Kantonen gehören und dass 2587 Gemeinden ihre Elektrizität von kommunalen und kantonalen Werken beziehen. Das will heissen, dass die Gemeinden und Kantone an der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft zu fast $\frac{3}{4}$ beteiligt sind und dass sie 77 % der Gemeinden unseres Landes versorgen. Der Statistiker zog daraus den richtigen Schluss: Es sind also nicht private Finanzgruppen, ausländische Trusts und Magnaten, die finanziell aus unserer Elektrizitätswirtschaft Gewinn ziehen, sondern die Kantone und Gemeinden und damit schliesslich die Bürger.

Ebenso glücklich ist die Lösung, die man für die Verteilung der Versorgungsgebiete gefunden hat. Dieses Problem wurde von den Elektrizitätsunternehmen dank dem Bau gemeinsamer Werke gelöst. Schon im Jahre 1914 vereinigten sich einige Kantone zu einer Gesellschaft zur gemeinsamen Erzeugung elektrischer Energie, den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK).

Es folgte der gemeinsame Bau des Wägitalwerkes (1924 in Betrieb genommen) durch die NOK und die Stadt Zürich, dann die Gründung der Oberhasliwerke mit den Kraftwerken Handeck (1929) und Innertkirchen (1943)¹⁾ durch die BKW und die Städte Basel, Bern und Zürich, ferner das Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt (1930) durch eine aus 2 deutschen und 2 schweizerischen Unternehmen (Aare-Tessin A.-G. und NOK) gebildete Gesellschaft. In der Westschweiz hatten die

grossen Elektrizitätsunternehmen schon im Jahre 1920 die S. A. de l'Energie de l'Ouest-Suisse gebildet zum Bau des Dixencewerkes (1935). Schliesslich haben sich die NOK und die SBB zusammengetan zur gemeinsamen Erstellung des Eitzelwerkes (1937) und des Werkes Rapperswil-Auenstein²⁾, das im Jahre 1945 in Betrieb gesetzt werden soll. Die 25 grössten Elektrizitätsunternehmen verfügen in ihren Werken über mehr als 92 % der gesamten Energieproduktion. Die Zusammenfassung der Energieerzeugung ist also weitgehend verwirklicht. Wie bekannt, ist diese Zusammenarbeit auch vorgesehen für die Erstellung noch grösserer Werke.

Meine Ausführungen entfernen sich nicht vom Gegenstand des Postulates Klöti. Sie erlauben, einen ersten Schluss zu ziehen, dem auch der Postulant Rechnung getragen zu haben scheint, wenn er sich mehr für die künftigen als für die gegenwärtigen Produktions- und Verhältnisse interessiert. Und diese Schlussfolgerung ist: Die Entwicklung, die die Energiewirtschaft in der Schweiz unter den geltenden Gesetzen genommen hat, darf als erfreulich bezeichnet werden. Die Verwendung der Elektrizität hat sich in der Schweiz nicht nur verallgemeinert wie selten in einem Lande, sondern auch verdichtet. Die Verwendung der Elektrizität für den häuslichen Gebrauch wird von Tag zu Tag volkstümlicher. Allein im Jahre 1942 wurden 227 000 elektrothermische Apparate verkauft. Im Verbrauch von Elektrizität pro Kopf der Bevölkerung wird die Schweiz nur von Kanada und Norwegen übertroffen, zwei Ländern, die über sehr vorteilhafte Wasserkräfte verfügen und deren elektrochemische Industrie gewaltige Energiemengen verbraucht. Folgende Zahlen führen eine beredtere Sprache als alle Kommentare:

1900	wurden in der Schweiz	180 Mill. kWh	produziert
1910	« « «	1100 Mill. kWh	«
1920	« « «	2800 Mill. kWh	«
1930/31	« « «	5057 Mill. kWh	«
1938/39	« « «	7176 Mill. kWh	«
1940/41	« « «	8364 Mill. kWh	«

Ich schliesse meinen Rückblick auf die Entwicklung unserer Elektrizitätswirtschaft nicht ohne ein wenig stolz darauf zu sein, dass die Schweizer zu den Pionieren der Elektrizität gezählt werden dürfen.

Was wird uns die Zukunft bringen?

Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, ob die künftigen Bedürfnisse im gleichen Masse steigen werden wie die in den Jahren 1920 bis 1939 festgestellte Zunahme des Energieverbrauches. Auf diesem Gebiete sind Prophezeiungen gefährlich. Jedenfalls darf aber die jüngste Entwicklung als Fingerzeig für die Zukunft gelten. Sie zeigt uns, dass die jährliche Zunahme des Verbrauches zwischen 1920 und 1939 234 Millionen kWh betrug. Darin sind der Verbrauch der SBB, die Kesselenergie und die ausgeführte Energie inbegriffen. Man kann voraussehen, dass das Schweizervolk die elektrische Energie mehr und mehr auf allen Gebieten verwenden wird: im Haushalt, im Stall, in den Fabriken und auf den Feldern. Von allen Seiten wird bestätigt, dass die Kohle immer mehr chemisch verarbeitet wird und zur Erzeugung von Licht und Wärme immer weniger Verwendung findet. Daraus folgt ein wachsendes Bedürfnis nach elektrischer Energie. Selbst wenn der Verbrauch im Inlande nicht oder nicht in dem von den Optimisten angenommenen Masse wachsen würde, hätten wir immer Abnehmer im Ausland. Das Problem der Energieausfuhr ist eines der wichtigsten und heikelsten für den Staatsmann, den Wirtschaftler und den Industriellen. Der Krieg hat Unermessliches zerstört und wird noch mehr zerstören. Der Frieden wird wieder aufbauen müssen. Es ist aber schwierig, sich einen Aufbau ohne die Mitwirkung eines Elementes vorzustellen, das soviel zur Zerstörung beigetragen hat: der Elektrizität. Kurz: es sprechen viele Gründe für eine wachsende Nachfrage nach elektrischer Energie in der Zukunft.

In dieser Voraussicht haben der Schweizerische Elektrotechnische Verein (SEV) und der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) im Oktober 1941 einen Zehnjahresplan für die Erstellung neuer Werke aufgestellt³⁾. Sie kennen diesen Plan. Ich will deshalb nur darauf hinweisen, dass er auf den mittleren Jahresverbrauchszuwachs der letzten 20 Jahre abstellt und dass seine Verwirklichung eine Vermeh-

²⁾ Bull. SEV 1943, Nr. 18, S. 547.

³⁾ Bull. SEV 1941, Nr. 22, S. 581.

¹⁾ Bull. SEV 1942, Nr. 20, und 1943, Nr. 17.

rung der Produktion von ungefähr 220 Millionen kWh im Jahr bringen würde. Man kann also nicht von Grössenwahn reden. Dieses Programm wurde den Behörden und dem Bundesrat unterbreitet. In seiner Antwort an die beiden genannten Verbände vom 14. April 1942 stellte der Bundesrat fest, dass das Programm in seinen grossen Zügen den Bedürfnissen Rechnung trage⁴⁾. Der Zehnjahresplan ist auch nicht toter Buchstabe geblieben. Eines der zuerst für den Bau vorgesehenen Werke (Rupperswil an der Aare) ist in Angriff genommen. Dasselbe gilt vom Lucendrowerk im Tessin. Diese beiden Werke, die voraussichtlich 1945 fertig erstellt werden, werden (zusammen mit einigen kleineren Werken) die jährliche Energieproduktion im Jahre 1946 auf 9,7 Milliarden kWh erhöhen, dank auch der Inbetriebsetzung der Werke Verbois und Innertkirchen (zu Beginn dieses Krieges betrug sie 8,1 Milliarden kWh). Andere Projekte sind noch nicht in Ausführung begriffen. Die *Hinterheinkraftwerke*, «*pièce de résistance*» des Zehnjahresplanes, sind noch umstritten; es ist ungewiss, ob die nötigen Konzessionen dafür erteilt werden; ein gegen die Verweigerung der Konzession durch die zuständigen Gemeinden häufiger Rekurs liegt schon seit Monaten vor dem Kleinen Rat des Kantons Graubünden; gegen den Entscheid dieser Behörde ist ein Rekurs an den Bundesrat möglich. Es wird also noch einige Zeit dauern bis zur Abklärung.

Wenn ich mich nicht täusche, ist das Postulat Klöti vielleicht durch die dem Zehnjahresprogramm vorgeworfenen Unzulänglichkeiten bestimmt worden, dass andere Möglichkeiten der Ausnützung verfügbarer Wasserkräfte zu wenig oder erst für eine spätere Zukunft berücksichtige, z. B. diejenigen im Bleniotal (ohne Greina 440, mit Greina 910 Millionen kWh), das Projekt Rossens⁵⁾ der Entreprises électriques fribourgeoises (190 Millionen kWh), das Projekt Bois Noir der Stadt Lausanne (230 Millionen kWh), die Wasserkräfte im Bergell (240 Millionen kWh) und schliesslich diejenigen von Uri. Herr Klöti wird wie ich das Gefühl haben, dass der Zehnjahresplan mehr ein blosser, einfacher Vorschlag als ein fertiger Ausführungsplan ist. Tatsächlich sind ja auch die an den Projekten interessierten Unternehmungen nicht verpflichtet, die im Plan genannten Projekte auszuführen; selbst wenn sie zur Ausführung schreiten wollten, würden sie noch vielen Schwierigkeiten und Widerständen aller Art begegnen.

Ist deshalb die von Herrn Klöti und Mitunterzeichnern vorgeschlagene Lösung die geeignetste zur Sicherstellung und Beschleunigung einer ausgesprochenen Erhöhung der Energieproduktion im Interesse der nationalen Wirtschaft? Auf diese Frage wird der vom Bundesrat verlangte Bericht Antwort geben müssen.

Ich benütze die Gelegenheit, um noch einige Worte zu einem ganz besonders naheliegenden Kapitel der Elektrizitätswirtschaft zu sagen, nämlich zur gegenwärtigen Lage unserer Elektrizitätsversorgung und den Aussichten für den kommenden Winter.

Wie Ihnen bekannt, war in den ersten beiden Wintern des gegenwärtigen Krieges dank der vorhandenen Reserven aus dem Jahre 1939 eine Einschränkung auf diesem Gebiete nicht nötig. Diese Reserven ermöglichten, einem ersten Ansteigen des Verbrauchs, das durch die Kriegsverhältnisse bedingt war, und 20% betrug, zu genügen.

Bis zum dritten Kriegswinter hat sich der Verbrauch wegen der Erschwerung unserer Versorgung mit Brennstoffen, die eine vermehrte Verwendung der elektrischen Energie in Industrie und Haushalt nach sich zog, weiter erhöht. Gleichzeitig war der Winter 1941/42 durch einen ausserordentlich niedrigen Wasserstand unserer Flüsse gekennzeichnet, was die eidgenössischen Behörden zwang, zum erstenmal in diesem Kriege einschränkende Massnahmen im Elektrizitätsverbrauch zu verfügen.

Im letzten Winter, dem vierten Kriegswinter, waren die übrigens geringfügigen Einschränkungen dank der günstigen Niederschlagsverhältnisse im Herbst einerseits und der Inbetriebnahme des wichtigen Kraftwerkes Innertkirchen im Januar andererseits nur vom 1. Dezember bis 15. Januar nötig.

Ich möchte hervorheben, dass die Verfügungen über die einschränkenden Massnahmen eine gleichmässige Herabsetzung der Energielieferungen im ganzen Lande brachten,

unabhängig von der mehr oder weniger günstigen Lage der einzelnen Elektrizitätswerke; diese Verfügungen verlangten daher von einzelnen Werken, die ohne Einschränkung allen Bedürfnissen ihrer Abonnenten hätten genügen können, einen ausserordentlichen Beweis von Verständnis für das allgemeine Interesse.

Wie verhält es sich nun mit unserer Versorgung mit Elektrizität im kommenden Winter? Im Vergleich zum letzten Winter werden wir aus der vollständigeren Ausnützung der Werke Innertkirchen im Oberhasli und Verbois bei Genf, die im vergangenen Winter nur teilweise betrieben wurden, sowie des neuen Werkes Mörel⁶⁾ der Aluminiumindustrie mehr Nutzen ziehen können; dazu kommt noch die Produktion aus der Vergrösserung einer Anzahl bestehender Werke. Dadurch hat sich die Lage also erheblich gebessert.

Unsere Versorgung hängt jedoch noch zu einem grossen Teil von den Niederschlagsverhältnissen ab. Die in den künstlichen Stauseen vorhandenen Wassermengen erlauben eine Deckung von nur ungefähr einem Viertel unserer Winterproduktion, die übrigen drei Viertel müssen demnach aus dem natürlichen Zufluss im Winterhalbjahr gespeist werden. Als Folge der langen Trockenheit führten die Flüsse bis zum 18. September für diese Jahreszeit ausserordentlich wenig Wasser.

Einige interessante Zahlen geben Ihnen den Beweis für die grosse Trockenheit des Jahres 1943. So haben die Niederschläge in Bern vom 1. Januar bis 31. August nur 532 mm erreicht, während das Mittel für diese Stadt 619 mm beträgt. Die entsprechenden Zahlen für Zürich sind 539 mm im Jahre 1943 gegen 789 mm im Mittel. Die Wasserführung der Kander betrug im August 1943 19,5 m³/s gegen 33,5 m³/s im Durchschnitt. Für die Saane gelten die Zahlen 24,4 m³/s im August 1943 gegen 52,9 m³/s im Mittel. Diese geringe Wasserführung konnte, allerdings nur zu einem kleinen Teil, durch die Anordnungen ausgeglichen werden, die der Kommissär meines Departements auf Grund des Bundesratsbeschlusses über Massnahmen zur Erhöhung der Produktion der Wasserkraft-Elektrizitätswerke⁷⁾ getroffen hatte. Sie bestehen in besonderen Massnahmen über die Regulierung von Stauanlagen, Ausnützung eines grösseren Schwankungsbereiches der Stauungen, Aenderung der Abflussmengen, Zwangszusammenschluss von Werken, provisorische Staueinbauten, Zuleitung nicht konzessionierter Gewässer usw. Durch die Niederschläge der letzten Tage ist die Wasserführung der Flüsse auf einen befriedigenden Stand gebracht worden. Es sind aber weitere Niederschläge nötig und vor allem kein zu starkes Abfallen der Temperatur, um einen normalen Wasserstand beibehalten zu können. Wenn diese Wünsche in Erfüllung gehen, wird es möglicherweise nicht nötig sein, zu einschränkenden Massnahmen Zuflucht zu nehmen, mit Ausnahme vielleicht des Verbotes der elektrischen Raumheizung während der ausgesprochenen Wintermonate.

Antrag Weck

Der Bundesrat ist eingeladen, so rasch als möglich darüber Bericht zu erstatten, ob nicht gewisse Massnahmen ergriffen werden könnten, um die Ausnützung der noch verfügbaren Wasserkräfte zu beschleunigen und den Bau oder die Erweiterung von Wasserkraftwerken zu erleichtern.

Proposition Weck

Le Conseil fédéral est invité à présenter le plus tôt possible un rapport sur la question de savoir si certaines mesures ne devraient pas être prises pour hâter l'utilisation des forces hydrauliques encore disponibles et faciliter la construction ou l'extension d'usines productrices d'énergie électrique.

Ständerat Weck, Fryburg, begründet seinen Antrag folgendermassen: M. Klöti, lorsqu'il a déposé son postulat, a eu certainement le mérite de faire ressortir l'importance que revêt pour notre pays le gros problème de l'utilisation de l'énergie électrique. Et dans sa réponse, qui constituait une véritable synthèse, M. le président Celio a pu mettre en relief certains aspects — les principaux — de ce problème, dresser un tableau de ce qui a été fait jusqu'ici, souligner les efforts qui restent à accomplir pour développer notre production. Je pense que, sur la nécessité même d'accroître notre produc-

⁴⁾ Bull. SEV 1942, Nr. 9, S. 257.

⁵⁾ Bull. SEV 1943, Nr. 6, S. 148.

⁶⁾ Bull. SEV 1942, Nr. 16, S. 456.

⁷⁾ Bull. SEV 1942, Nr. 14, S. 408.

tion de houille blanche, tout le monde est d'accord: plus nous l'augmenterons et mieux nous serons à même d'assurer notre existence et notre prospérité économique. L'avenir, à ce que déclarait l'autre jour M. Celio, n'appartient à personne. Sans doute, et il comporte beaucoup d'inconnu, mais on peut affirmer qu'à moins d'événements extraordinaires l'avenir, en tous cas, est à l'électricité.

La consommation n'a cessé de s'accroître à un rythme qui nécessiterait une quantité supplémentaire annuelle de 200 à 300 millions de kWh pour couvrir les besoins nouveaux; d'après les derniers renseignements communiqués par M. le président Celio, il pourrait s'agir de 234 millions; quoi qu'il en soit, disons entre 200 et 300 millions; c'est là ce qu'il faut, en temps normal, pour satisfaire les besoins nouveaux. Or, actuellement, la demande dépasse l'offre et ce déséquilibre se fait durement sentir, surtout en hiver lorsque les conditions météorologiques et hydrologiques n'ont pas été favorables. La guerre, il est vrai, a favorisé certaines applications spéciales de l'énergie électrique, mais même si ces applications venaient à perdre de leur importance et à être remplacées par d'autres, il n'en reste pas moins que nos industries, particulièrement nos industries d'exportation, risqueraient de ne point avoir à disposition toute l'énergie indispensable pour répondre aux exigences du plan d'aménagement national. Et c'est ainsi que, conscients de la nécessité d'augmenter notre production, l'Association Suisse des Electriciens et l'Union des Centrales Suisses d'électricité ont nommé une commission qui, en 1941 déjà, a établi un programme de construction de nouvelles usines pour les dix années à venir. On s'est beaucoup préoccupé, dans les sphères d'intéressées et dans les milieux compétents, d'organiser l'utilisation future des forces hydrauliques et de poursuivre cette politique réalisatrice qui doit être celle de notre pays dans le domaine de l'électricité.

De fait, au moment où s'élaborait ce programme décennal, les usines de Reckingen sur le Rhin, d'Innertkirchen sur l'Aar et de Verbois sur le Rhône, aujourd'hui installées sinon complètement en fonction, étaient déjà en construction; les projets de Ruppertswil sur l'Aar et du Lucendo, prévus dans le programme, sont actuellement en voie d'exécution. Mais cela est bien peu de chose — nous sommes d'accord avec M. Klöti — ce n'est qu'un petit commencement. La réalisation des autres projets tarde à venir et pour l'accélérer M. Klöti propose de confier l'ensemble de la tâche à une entreprise générale qui serait créée par la Confédération. M. le président Celio, l'autre jour, en acceptant le postulat de M. Klöti, dans la simple idée d'étudier le grand problème, mais non la formule de M. Klöti a reproché au programme d'avoir oublié, ou de n'avoir mentionné qu'à titre accessoire, certains projets. On a parlé du projet du Val Blenio, de celui du Bois Noir et de celui qui nous intéresse tout particulièrement, nous Fribourgeois, celui de Rossens. Il est vrai que ces projets n'avaient été mentionnés en 1941 qu'à titre accessoire mais je crois savoir que des études très poussées ont été faites pour le Val Blenio et pour le Bois Noir. Quant à Rossens, le projet a été établi par les Entreprises électriques fribourgeoises. Je puis vous dire à ce propos que les études techniques sont complètement terminées; la question financière est à l'étude. Bientôt nous demanderons à notre Grand Conseil de voter le principe et d'autoriser les Entreprises électriques fribourgeoises — qui sont une institution purement cantonale — à commencer les premiers travaux d'exécution: préparation du tracé, abattage des bois, etc. Par conséquent nous sommes en train de réaliser un ouvrage important, bien qu'il n'ait pas figuré au premier plan il y a deux ans. Ainsi, Messieurs, se préparent des ouvrages qui n'étaient pas tout à fait prévus dans le programme. Mais les autres — ceux qui sont compris dans le programme décennal — ont aussi fait l'objet d'études approfondies. Les projets ont été établis, ils existent; les plans d'aménagement sont faits, les finances mêmes, dans la plupart des cas, sont couvertes. Il n'est donc pas nécessaire, comme le propose M. Klöti, de créer une grande société générale, à caractère centralisateur, pour établir des projets qui sont là. Si la réalisation se fait attendre — ce n'est pas faute d'études préparatoires — c'est que la mise en chantier se heurte aux difficultés provoquées par les circonstances actuelles; elle est conditionnée aux difficultés économiques présentes. Pour les projets les plus importants, peut-être y

a-t-il aussi des motifs particuliers. Les concessions d'eau n'ont pas été octroyées et ces messieurs du canton d'Uri savent pourquoi. On a de la peine à se décider à accorder ces concessions. C'est un gros problème parce que l'exécution de ce projet comporterait le submergement d'agglomérations et il est naturel que les populations résistent, d'autant plus qu'il ne s'agit pas d'agglomérations construites au hasard, mais édifiées par nos ancêtres qui savaient où ils allaient.

Et puis, à côté de cette question d'octroi de concession d'eau, il y a d'autres difficultés: citons la difficulté d'obtenir les matériaux de construction nécessaires et la main-d'œuvre indispensable — cette main-d'œuvre qu'on a voulu réserver aux travaux d'extension agricole et à ce qu'on appelle les travaux d'intérêt national; les travaux militaires. Il y a aussi la question du renchérissement considérable du coût des constructions et cela provoque des hésitations compréhensibles. Tel que nous sommes organisés dans le canton de Fribourg, nous pourrions commencer les travaux de Rossens sans demander l'aide spéciale à la Confédération. Mais ce n'est pas le cas partout. Nous irons progressivement, nous cheminerons et, là où des projets pourraient être exécutés et réalisés immédiatement, on ne le fera pas à cause du coût trop élevé de la construction à l'heure actuelle. Voilà, messieurs, les causes du retard et voilà pourquoi en date du 31 juillet dernier, l'Association Suisse des Electriciens et l'Union des Centrales Suisses d'électricité ont adressé au Conseil fédéral une requête⁸⁾ par laquelle elles demandent si l'on ne pourrait pas prendre certaines mesures pour vaincre les obstacles ou les réduire en activant l'aménagement de nos forces hydrauliques. Cette demande est pendante auprès du Conseil fédéral. A l'heure qu'il est, elle est étudiée, je crois, par M. Zipfel, mais elle est là. C'est de ce côté qu'il faut chercher éventuellement une intervention de la Confédération pour activer l'utilisation de nos forces hydrauliques.

Dans cette requête, les grandes associations demandent au Conseil fédéral s'il ne pourrait pas se servir de son autorité, de son influence auprès des instances compétentes cantonales pour les amener à donner une solution rapide au problème des concessions de droit d'eau. Il est possible d'arriver à des résultats. Par ailleurs — c'est là le gros problème — le renchérissement du coût des installations devrait être atténué, réduit, compensé par divers moyens, entre autres, par la mise à disposition de capitaux qui porteraient intérêt à taux réduit jusqu'à ce que la situation redevienne normale, ou bien encore par des allègements fiscaux.

Il y a, dans les propositions des grandes centrales électriques, différents moyens financiers d'atténuer le renchérissement du coût général de la vie. Enfin et surtout, il faudrait que l'office de guerre pour l'industrie et le travail assurât aux industries qui veulent travailler, les matériaux qui sont nécessaires: le ciment et le fer. Il faudrait dire à ces entreprises: si vous construisez, vous pourrez compter sur les matériaux dont vous avez besoin.

Telles sont les demandes présentées par les grandes associations que je viens de rappeler. Le Conseil fédéral n'a pas encore répondu. S'il estime devoir intervenir et accorder son appui, la voie toute tracée pour lui consisterait dans l'adoption de telle ou telle de ces mesures — que j'appellerai des mesures de guerre — mais non pas ainsi que le demande M. Klöti, dans la création, par le Conseil fédéral, lui-même, d'une vaste entreprise générale qui nous conduirait à l'étatisme et à la centralisation. Supposons que cette entreprise générale existe. Aura-t-elle auprès des autorités concédantes plus de succès que les entreprises existantes, que les organisations qui se créent pour obtenir ces concessions indispensables? Rien n'autorise à l'admettre. Si elle devait avoir plus de succès, cela signifierait simplement que l'on abuse de l'autorité pour donner à une vaste entreprise centralisatrice ce que l'on hésite à octroyer à des entreprises cantonales ou régionales. Est-ce que cette entreprise générale, par exemple, triomphera plus facilement que d'autres de l'opposition que rencontre l'octroi d'une concession? Rien ne permet de le croire, à moins, je le répète, qu'il y ait des motifs spéciaux. Du reste, est-ce que, dans ces questions de concession, le Conseil fédéral ne risquerait pas de se trouver extrêmement gêné — lui qui a la haute surveillance — s'il était mis en pré-

⁸⁾ Bull. SEV 1943, Nr. 18, S. 551.

sence d'une demande formulée par une société générale que lui-même aurait créée? Il serait à la fois le juge qui tranche et la partie qui plaide...

Quant aux autres difficultés: renchérissement, pénurie de matériaux, affectation de la main-d'œuvre, etc., je ne vois pas du tout comment elles pourraient être plus aisément surmontées si les travaux étaient effectués par cette grande société à laquelle on songe au lieu d'être confiés aux entreprises existantes ou aux groupements régionaux. Je pense que l'on sera assez objectif, que l'on aura une conception assez saine de la justice pour accorder à des entreprises cantonales ou régionales ce que l'on accorderait à une grande société générale centralisée.

Les avantages de la formule proposée par M. Klöti nous échappent. En revanche, les inconvénients son manifestes. C'est la raison pour laquelle je me suis opposé à son postulat. Un postulat, disait l'autre jour le président de la Confédération, c'est une demande d'étude... Je suis d'accord avec lui. Et lorsqu'il s'agissait d'accepter le postulat de M. Klöti, M. Celio a dit encore: Cela n'engage pas le Conseil fédéral. Evidemment, le Conseil fédéral ne veut pas se compromettre. Lorsqu'il se trouve en présence d'une motion, il demande à son auteur de la transformer en postulat afin que l'affaire puisse être plus facilement enterrée... Je comprends que M. Celio ait dit que cela n'engageait pas le Conseil fédéral. Néanmoins, il est un vieil adage auquel il est toujours prudent de se tenir: *Principiis obsta*.

Lorsqu'il y a quelque chose de mauvais dans un projet, mieux vaut d'emblée dire non. C'est la raison pour laquelle, M. Klöti, si nous sommes d'accord pour ce qui concerne votre désir d'accélérer l'utilisation des forces hydrauliques, nous sommes en revanche obligés de dire non, parce que le moyen que vous proposez est un moyen étatiste. Il n'y a aucune nécessité, il n'y a même aucune utilité pour la Confédération de créer une entreprise générale qui construirait et exploiterait elle-même des usines. Tout cela existe: nous avons des entreprises à caractère officiel ou semi-officiel; nous avons, pour l'exploitation future, des groupes déjà constitués. Il n'y a pas de carence à redouter de ce côté, pas d'inaction; on ne saurait prétendre que ceux qui veulent l'utilisation de nos forces futures manquent de viabilité, l'armature existe.

Ainsi que le déclarait l'autre jour M. le président Celio, l'initiative des corporations de droit public et l'initiative privée ont assuré — jusqu'ici notre approvisionnement en énergie électrique, mais elles sont prêtes, en outre, à développer encore ces possibilités et à nous donner ce qui nous manque; donc il n'est pas besoin de faire appel à un nouvel organisme. M. le président de la Confédération relevait également, la semaine dernière, que le 70 % des capitaux investis dans les entreprises électriques ont été fournis par des fonds des corporations, c'est-à-dire de cantons et de communes. Cet investissement correspond parfaitement à l'idée générale qui est à la base de l'article constitutionnel et de la loi de 1916: il s'agit là d'une question qui est d'abord l'affaire des cantons, éventuellement des communes. Ce n'est pas sans raison que l'art. 24bis de la Constitution fédérale, en instituant la haute surveillance par la Confédération, a respecté les compétences des cantons et éventuellement des communes. Ce n'est pas sans motif, non plus, que le législateur de 1916 a proclamé que ce sont les cantons et les communes qui sont les maîtres en ces matières, sauf lorsqu'il s'agit d'exporter de l'énergie ou des sources qui se trouvent à la frontière. Ainsi — compétence des cantons, mise à disposition des fonds par les cantons et les communes — nous nous trouvons sur le terrain fédéraliste, terrain normal et approprié pour continuer à développer nos entreprises électriques sans recourir à la création d'une vaste organisation centralisée.

M. Klöti exposait, l'autre jour, que le problème de la production d'énergie était un problème de politique économique suisse. Cela est certain, mais il y a beaucoup de problèmes qui sont, ou purement politiques, ou simplement économiques et qui sont suisses. Si nous voulions les résoudre par des formules étatistes, nous cesserions d'être un Etat fédéraliste. Ces problèmes, il faut chercher leur solution par la voie de la coordination. Je me demande, pour ma part, comment l'unification désirée par M. Klöti, comment cette centralisation serait compatible avec les bases constitutionnelles et législatives dont M. le président Celio nous disait

l'autre jour qu'elles sont fondamentales, et qu'on ne doit pas y toucher sans motifs impérieux.

Je me demande aussi comment cette organisation centralisée serait conciliable avec l'esprit fédéraliste et comment elle pourrait s'opérer sans une emprise trop forte, à la fois, sur l'autonomie des cantons et sur leurs disponibilités économiques et financières. Cantons et communes ont apporté l'argent qu'il fallait pour développer les entreprises électriques et voilà que maintenant un nouvel organisme serait créé, qui pénétrerait dans ce domaine, qui pénétrerait, je le répète, avec une emprise sur l'autonomie des cantons, aussi bien que sur leurs disponibilités financières.

Après avoir parlé d'unification, l'auteur de la proposition a parlé aussi de coordination. Ce sont là deux mots différents qui ont tous deux leur sens propre. Si je suis contre l'unification, je suis pour la coordination. Mais on essaie déjà de la réaliser. Pourquoi y a-t-il une Association Suisse des Electriciens? Pourquoi y a-t-il une Union des Centrales Suisses d'électricité? Pourquoi ces deux grandes associations, d'entente avec les consommateurs, ont-elles créé une commission qui a été établie, en 1941, le programme décennal? C'est parce que l'on veut la coordination, c'est parce qu'on a le sens de la solidarité dans l'unification. C'est le but de ces grandes associations d'établir la coordination et cela répond parfaitement à ce qu'a voulu le peuple qui, en 1908, a voté non sans hésitation l'article 24bis de la Constitution. Cela correspond aussi à ce qu'a voulu le législateur qui s'est conformé à cet article et qui a dit: La Confédération est la haute autorité de surveillance. Pour le reste ce sont les cantons ou, lorsqu'ils délèguent leurs pouvoirs aux communes, ce sont les communes qui régissent le domaine de l'électricité.

On nous dira que le programme décennal n'est pas parfait, qu'il tarde à venir, qu'il y a des difficultés. Eh bien! tâchons de remédier à ces difficultés qui sont plutôt le fait du présent, que le résultat de contingences qui n'existent pas. Tâchons de hâter, d'activer l'unification de nos forces hydrauliques. C'est alors ici que je me retrouve avec M. Klöti. Il faut faire quelque chose, il faut que le Conseil fédéral intervienne d'une manière ou d'une autre. Si je ne suis pas d'accord avec la formule étatiste de M. Klöti, si je repousse son idée de créer une entreprise générale qui n'aurait pas plus de succès que d'autres entreprises qui existent déjà, nous nous rencontrons, par contre, sur ce terrain: Il faut faire quelque chose. Cela est indubitable. Il faut activer l'exécution des travaux. Le représentant du Conseil fédéral, l'autre jour, en acceptant le postulat Klöti, ne voulait pas autre chose que de pouvoir dire au Conseil fédéral: nous allons étudier le problème de plus près et nous allons trouver les voies et moyens pour permettre une utilisation plus rapide de nos forces hydrauliques disponibles. Seulement, comment trouver la formule? La formule de M. Klöti est bonne dans l'inspiration, dans le mobile, mais elle n'est pas bonne, comme je l'ai déjà dit, quant aux résultats auxquels elle conduirait. Alors, je me suis permis de vous présenter une formule un peu plus générale et qui dirait ceci: Le Conseil fédéral est invité à présenter le plus tôt possible un rapport sur la question de savoir si certaines mesures ne devraient pas être prises pour hâter l'utilisation des forces hydrauliques encore disponibles et faciliter la construction ou l'extension d'usines productrices d'énergie électrique.

Dans ce texte, nous ne parlons pas d'une grande entreprise générale créée par la Confédération; c'est exclu, à moins que le Conseil fédéral vienne nous dire qu'il n'y a pas d'autres solutions. Je sais bien qu'on ne nous le dira pas. Le Conseil fédéral interviendra-t-il pour que les concessions qui ne sont pas accordées dans les cantons où le problème est difficile, le soient rapidement? C'est délicat. Il pourrait cependant peut-être, à titre officieux puisqu'il s'agit là de problèmes importants, demander à ceux qui s'occupent des projets en question de faire des projets un peu plus réduits. On voit quelquefois un peu trop grand; on voit d'immenses bassins, d'énormes voies d'accumulation. Il y a de l'eau dans les montagnes et il est possible de l'utiliser sans faire le bassin d'accumulation dont on a parlé. Le Conseil fédéral ne pourrait-il pas, à titre officieux, en réunissant les intéressés, trouver peut-être des solutions intermédiaires qui permettraient de ne pas attendre indéfiniment la solution d'un problème insoluble! Mais là n'est pas tout à fait la question. Pour les entreprises qui sont prêtes à travailler, peut-on assu-

rer les matériaux nécessaires? Je parle du ciment et du fer; je parle aussi de ce qui est nécessaire pour les machines. Il faudrait que, sur les réserves que nous avons et qui sont considérables, on garantisse avant tout un certain stock destiné aux entreprises électriques parce qu'il s'agit d'une question nationale. Et puis, il y a la question — j'y reviens — de la compensation du renchérissement du coût de la construction. Cette compensation peut-être faite par des fournitures à bon marché, par des allègements fiscaux. Une idée avait été lancée: d'entente avec l'Union des consommateurs, on aurait pu prélever un petit pourcent sur les différentes factures d'électricité afin d'alimenter un fonds de compensation contre le renchérissement du coût de la construction. Cette idée, je crois, n'a pas trouvé grâce devant l'office du travail. Elle est difficile à réaliser, je le sais, mais on pourrait la reprendre. Et puis, il y en a encore une autre, et je me permets d'attirer tout spécialement l'attention de M. le président Celio sur ce point. On nous a dit que l'on ne pouvait pas prendre la main-d'œuvre de chômage parce qu'il n'y avait pas de chômage. Cela est parfaitement exact.

Mais au moment où, pour occuper des chômeurs, on mettra des travaux en chantier, les entreprises électriques qui commenceraient des constructions dès maintenant seraient-elles mises au bénéfice des subsides de chômage? J'en connais, non pas de très grandes, non pas même les nôtres à Fribourg, j'en connais qui sont disposées à commencer le travail, mais qui voudraient savoir si, au moment où le chômage se produira, elles seraient placées sur le même pied que d'autres entreprises de travaux prévues pour tel ou tel but, en général moins productif.

Ce qu'il faut, au fond, c'est que le Conseil fédéral réponde à la requête des grandes associations de la fin de juillet dernier, c'est qu'il prenne position, qu'il trouve des mesures convenables dans les circonstances actuelles. Il n'y a pas d'autres moyens de hâter l'utilisation de nos forces hydrauliques, de surmonter les difficultés présentes et c'est la raison pour laquelle j'ai formulé mon postulat dans ce sens.

Il ne faut pas oublier, non plus, que si notre approvisionnement en énergie électrique est insuffisant, tout le monde en souffrira; et si, par ailleurs, les constructions doivent se faire à une époque où le coût sera le plus élevé, l'énergie renchérit, son prix sera enflé par le fait même et cette circonstance nuira à notre industrie qui, dans l'après-guerre aura déjà à faire face à beaucoup d'autres difficultés, surtout notre industrie d'exportation qui a le plus besoin d'énergie et à qui nous devons nous efforcer de conserver les moyens de soutenir la lutte contre la concurrence étrangère.

Je crois que le Conseil des Etats peut adopter mon postulat en même temps que celui de M. Klöti. M. Klöti, avec lequel je discute dans les termes les plus amicaux, me disait ce matin: «On pourrait accepter les deux.» Non. Si j'en ai présenté un pour mon compte, c'est parce que j'exclus l'idée centralisatrice et étatiste que nous trouvons dans la proposition de M. Klöti. J'englobe, d'ailleurs, sa formule dans la mienne en ce qui concerne la nécessité d'accélérer la construction de nouvelles usines, mais l'adaption de deux postulats à la fois ne me paraît pas admissible.

Notre collègue, M. Bühler, a lui aussi présenté une formule. Il va la développer. Elle comporte deux points essentiels: le premier, je crois, se confond en somme avec mon postulat général: il demande comment le Conseil fédéral entend tenir compte de la nécessité d'entreprendre le plus rapidement possible l'aménagement de nouvelles usines hydrauliques; c'est ce que nous demandons également de notre côté. En second lieu, il se demande comment la législation sur les forces hydrauliques doit être adaptée aux circonstances présentes. Quant à moi, je ne crois pas qu'il faille chercher la solution dans une modification de la législation. Il faut des mesures économiques, il s'agit de l'aide à apporter aux industries dans une crise pendant l'après-guerre. Il faut donc chercher le salut dans des mesures d'ordre économique, mais point dans un changement de la législation. Que vous apporterait une modification de la loi en la matière? Peut-être le moyen de violenter la population des Grisons ou d'Uri, hostile à des projets en cours? Quoi qu'il en soit, nous allons entendre avec plaisir M. Bühler, dont j'aimerais qu'il pût se rallier à ma formule que M. Klöti ne peut malheureusement pas accepter, mais que je recommande à vos suffrages.

Weitere Voten:

Ständerat Bühler, Schaffhausen, nimmt in sehr interessanten Ausführungen zum ganzen Fragenkomplex Stellung in dem Sinne, dass die heutige Organisation der Elektrizitätswirtschaft durchaus geeignet sei, eine optimale Entwicklung der Elektrizitätsversorgung weiter zu gewährleisten und dass deren rascher Fortschritt nicht abhängig sei von der Gründung eines neuen gesamtschweizerischen Monopolunternehmens mit finanzieller Beteiligung des Bundes, sondern von positiven Beschlüssen des Bundesrates.

Ständerat Bühler bittet Ständerat Klöti, sein Postulat zu befreien von der Empfehlung zur Gründung eines «gesamtschweizerischen Unternehmens» und vielleicht folgenden Wortlaut zu verwenden:

«Der Bundesrat wird eingeladen, beförderlich darüber zu berichten:

1. wie der Bundesrat der Notwendigkeit der raschestmöglichen Inangriffnahme des Baues neuer Kraftwerke Rechnung tragen will und
2. ob und wie die Wasserrechtsgesetzgebung den heutigen Verhältnissen anzupassen ist.»

Ständerat Meyer, Uri, Bürger von Urseren, nimmt in warmen Worten gegen die Schaffung der geplanten grossen Stauseen Stellung. Er bedauert, dass sich der älteste Stand der Eidgenossenschaft dagegen wehren muss, dass ihm ein Teil seines Landgebietes von den Miteidgenossen entrissen wird, und er hofft, dass das Passvolk mit Unterstützung weiter Kreise des Schweizervolkes und der Behörden diesen Kampf bestehen wird, wie schon manchen ebenso harten.

Ständerat Lardelli, Graubünden, spricht für die Gemeinde- und Kantonssouveränität und gegen die Errichtung von Stauanlagen, die ganze Ortschaften unter Wasser setzen.

Ständerat Züst, Luzern, setzt sich für den grosszügigen Ausbau der Wasserkräfte ein, unter Hinweis auf die grosse Verantwortung gegenüber der Nachwelt. Er ist der Meinung, dass die weitere Entwicklung wie bisher der Privatinitiative zu überlassen ist. Es können keine Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, dass es sich um Fragen von nationaler Bedeutung handle, folglich um Aufgaben, die nicht nach individuellen Stimmungen, auch nicht nach den speziellen Bedürfnissen einer wirtschaftlichen Interessengruppe oder selbst eines regionalen Gebietes gelöst werden dürfen. *Kein anderer Gesichtspunkt darf ausschlaggebend sein, als der des schweizerischen Gesamtinteresses.*

Ständerat Klöti nimmt zu den gefallen Voten Stellung und hält sein Postulat gegenüber dem Antrag Weck aufrecht.

Weiter spricht nochmals Ständerat Meyer, Uri, ferner Ständerat Joller, Nidwalden, der auf Grund der Erfahrungen von Bannalp für die Souveränität der Kantone eintritt.

Bundesrat Celio äussert sich abschliessend folgendermassen: Je me bornerai à une très courte déclaration. Je voudrais avant tout dire que j'ai suivi avec le plus grand intérêt le débat qui vient de se dérouler sur le postulat Klöti. Les critiques, suggestions et constatations prouvent, d'une part, la grande importance du problème et, d'autre part, sa complexité. Ce débat n'est pas inutile, bien au contraire et le postulat de M. Klöti, ainsi que les variantes, qui l'ont suivi ont permis d'envisager le problème dans son ensemble. Cela permettra aussi au Conseil fédéral d'examiner ces questions en pleine liberté, sans aucun engagement pour le moment sur les idées maîtresses que forment les postulats de MM. Klöti, Weck et Bühler.

Ces différentes interventions n'ont rien enlevé à ce que j'ai eu l'honneur d'exposer la semaine dernière en ce qui concerne le passé, mais elles ont mieux souligné encore le fait que la Suisse, grâce à l'initiative des communes, des cantons et de l'industrie privée, en vertu de la loi de 1916, se place au premier plan dans le domaine de l'utilisation des forces hydrauliques.

Je citerai encore deux données statistiques que j'ai oubliées dans mon exposé de la semaine dernière. La première concerne la quantité d'énergie électrique que le pays peut produire et celle qui à déjà été produite. D'après les calculs établis par des techniciens, la Suisse peut mettre en

chantier environ 21 milliards de kWh. En 40 ans, elle en a réalisé à peu près la moitié et c'est beaucoup. Tout cela a été fait, dans une très grande mesure, sous l'empire de la loi de 1916. La seconde concerne l'apport financier des entreprises électriques aux finances publiques, cantonales ou communales. Ces entreprises ont versé en 1941 une somme de 21 millions de francs comme droits d'eau et impôts. En 1930, il ne s'agissait que de 9,5 millions. De plus, au cours de l'année 1941 seulement, ces industries ont versé aux caisses publiques une somme de 50 millions. Elles ont versé en dividendes une somme de 14,5 millions. Cela prouve bien l'importance non seulement économique et financière que le marché des forces hydrauliques représente pour le pays en général, mais tout spécialement pour les corporations d'ordre public. Je souligne encore que la Confédération, comme Etat, ne participe en rien aux bénéfices financiers de l'utilisation des forces hydrauliques. Cela prouve quelque chose de plus, savoir après la discussion qui vient d'avoir lieu, notamment après la présentation du postulat de M. Weck, cela prouve que l'industrie électrique n'a pas un besoin absolu pour vivre et se développer d'une aide financière de la Confédération; d'autant plus que les entreprises intéressées ont amorti abondamment leurs capitaux. Songez que dans l'année 1941 elles ont effectué un amortissement et ont versé au fonds de réserve une somme de 84 millions alors qu'en 1940 cette somme était de 79 millions et en 1939 de 73 millions. En citant ces chiffres, je réponds en quelque sorte aux observations qui ont été présentées par l'honorable M. Weck. Quand des sociétés ou des entreprises ont la possibilité d'amortir de façon tout à fait rationnelle comme elles le font actuellement et de verser aux fonds publics 50 millions par an, sans compter les dividendes, la population suisse ne saurait pas comprendre qu'on fasse bénéficier ces entreprises d'une aide financière publique.

Les interventions qui ont été faites aujourd'hui et l'exposé de M. Klöti lui-même ont quand même prouvé qu'il existe dans le domaine législatif en matières d'utilisation des forces hydrauliques des équivoques, des possibilités d'interprétation extensive de certains articles de la loi de 1916; interprétation qui dépasse les bornes fixées par l'intention du législateur, si l'on se réfère aux discussions qui ont eu lieu aux Chambres fédérales lors de l'élaboration de la dite loi.

M. Lardelli a déjà fait un examen assez approfondi des compétences de la Confédération, compétences tout à fait limitées d'après la loi et la Constitution. M. Klöti s'est efforcé, par contre, dans la dernière séance, de voir dans l'art. 15 de la loi de 1916 une disposition appuyant les mesures envisagées dans son postulat. Je ne conteste pas qu'à première vue cet article semble donner à la Confédération des pouvoirs assez étendus. Nous doutons fort cependant qu'il soit possible d'invoquer en l'occurrence cette disposition, à en juger par l'ordre systématique de la loi et par la note marginale de cet article à laquelle, qu'on ne l'oublie pas, est attribuée force de loi. La note marginale est indiquée comme suit: «Régularisation des cours d'eau.» Ainsi donc, l'art. 15 a pour but unique la régularisation du niveau des eaux et doit servir à régulariser leur écoulement dans l'intérêt des cantons situés en aval. De plus, aux termes du deuxième alinéa, l'Assemblée fédérale, et non le Conseil fédéral, serait compétente pour statuer sur l'exécution de la part de la Confédération des ouvrages prévus au 1^{er} alinéa de l'art. 15.

J'ai indiqué ce simple exemple pour vous prouver qu'il existe évidemment des malentendus dans l'interprétation de la loi de 1916 et qu'il est nécessaire, dans le rapport du Conseil fédéral qui est aujourd'hui demandé par les postulats Klöti, Weck et Bühler, que soit fournie l'occasion au Conseil fédéral de préciser, en se basant sur les procès-verbaux des Chambres et sur la jurisprudence, quelles sont les bornes fixées à la Confédération pour intervenir directement en matière d'exploitation des forces hydrauliques. Je pourrais citer encore d'autres dispositions: ainsi les art. 12 et suivants de la loi de 1916 où sont prévus les cas et les modalités dans l'éventualité où la Confédération peut requérir pour elle-même, dans l'accomplissement des tâches qui lui incombent, les forces des cours d'eau. Que faut-il entendre par cette expression «...l'accomplissement des tâches qui lui incombent...»

D'aucuns vont jusqu'à penser que le Conseil fédéral, par exemple, aurait pu intervenir dans l'affaire de Hinterrhein — et je conçois que M. Lardelli ne soit point d'accord avec cette interprétation — en forçant, en quelque sorte, la main sur les communes et le canton des Grisons. Quant à moi, j'ai toujours repoussé une telle interprétation, car j'estime qu'elle serait évidemment erronée et contraire à l'esprit de la loi.

Il est un fait à la base de la loi de 1916 que vous ne devez à aucun moment oublier: c'est que la Confédération, en tant qu'autorité de surveillance, a bien le droit de surveiller; mais qu'en même temps elle est instance de recours contre des décisions cantonales en matière de concession, comme le cas pourrait se présenter, dans la *vexata questio* de Hinterrhein. Vous voyez que la Confédération doit alors user toujours d'une grande prudence pour pouvoir se réserver sa complète liberté d'appréciation. D'autres exemples encore pourraient être invoqués. Et puisque M. Bühler demande ou prévoit la réforme de la loi de 1916 et de cette réforme éventuelle il a fait, en quelque sorte, une partie intégrante de son postulat, je lui dirai que sur un point on pourrait discuter. N'avez-vous pas remarqué que cette loi ne fixe aucun délai pour rendre la décision sur un recours présenté aux instances cantonales ou fédérales en matière de concessions? Or, il peut arriver que, de ce fait, la construction d'usines importantes, voire urgentes se trouve retardée. Il y a là, peut-être, une imperfection ou une lacune dans la loi: imperfection ou lacune qui est à même d'entraver la réalisation d'importants projets, beaucoup plus que la pénurie des capitaux ou que l'aide morale ou financière de la Confédération. C'est, en effet, contre cet état de choses, contre la temporisation dans l'octroi des concessions, contre la lenteur des procédés de recours, que s'élèvent les associations intéressées. *L'Union des Centrales Suisses d'électricité et l'Union Suisse des consommateurs d'énergie, plus qu'une aide financière fédérale, désirent que la Confédération sollicite les cantons et les communes à accélérer la procédure des concessions et à se déterminer, que ce soit dans un sens positif, que ce soit dans un sens négatif.* M. Joller vous a parlé il y a un instant des longueurs que l'on constate dans toute la procédure d'expropriation. Voilà précisément un domaine où l'autorité fédérale doit rechercher s'il n'y a pas moyen d'y porter remède. Plusieurs orateurs se sont déjà exprimés ici au sujet du postulat, présenté par M. Bühler: lequel s'est demandé si la procédure plus appropriée pour accélérer la construction des usines électriques ne consisterait pas dans une révision de la loi de 1916. Quant à moi je ne le crois pas, je dirai que ce serait même fort dangereux à cause des grands intérêts cantonaux qui sont en jeu. Il pourra suffire à mon avis — et c'est la suggestion que M. Züst émettait tout à l'heure — que le Conseil fédéral examine la question de savoir si, en se fondant sur l'art. 24^{bis} de la Constitution fédérale, plaçant l'utilisation des forces hydrauliques sous la haute surveillance de la Confédération, ainsi que sur l'article premier de la loi de 1916 qui met l'accent sur cette surveillance fédérale, la Confédération ne pourrait pas intervenir avec plus d'efficacité pour faire hâter une décision en matière de concessions, de recours, le cas échéant, en matière de procédure d'expropriation. Je ne vous cache pas qu'on se trouve, là, en présence d'une question juridique extrêmement délicate, celle de savoir ce qu'il faut entendre exactement par droit de surveillance, par devoir de vigilance de la Confédération. Voilà ce que nous devons examiner avec la plus grande attention. Ce sera un des points qui fera partie du rapport envisagé par les trois postulats. Mais non seulement une réforme de la loi de 1916 serait dangereuse dans ce moment-ci, elle serait tout à fait inutile si l'on veut mettre certaines dispositions de cette loi en corrélation avec l'urgence de résoudre le problème de l'accroissement de la production d'énergie électrique. Réformer la loi de 1916 qui touche à l'autonomie des cantons, aux privilèges des communes, dans une matière qui par sa nature même, exige des expertises, des études, bref toute une préparation approfondie est une entreprise extrêmement longue! Songez que toute l'affaire, après examen par le Conseil fédéral, devrait passer devant les commissions des Chambres puis devant le Parlement et enfin être soumise au referendum. Dans ces conditions imaginez-vous combien de temps s'écoulerait jusqu'à ce que l'on arrivât à chef. Peut-on dès lors songer à recourir

à ce moyen alors qu'il s'agit d'accélérer des constructions nouvelles dont le besoin est pressant? Avec une pareille réforme on arriverait bien en retard: à moins que l'urgence tant proclamée dans le plan décennal n'ait été qu'une parade pour masquer d'autres intentions. Ce que j'exclus.

Telles sont les raisons pour lesquelles, en terminant, j'accepte les postulats qui viennent d'être présentés étant entendu — il faut bien que je le repète — que le Conseil fédéral se réserve d'arriver à des conclusions différentes, voire opposées, à celles qui sont envisagées par leurs auteurs.

Je précise que parmi les variantes du postulat de M. Klöti, ma préférence va à celle du postulat de M. Weck qui, sans entrer dans autant de précisions, permet cependant d'étudier les questions et suggestions contenues dans les postulats de MM. Bühler et Klöti. Et je me permets de suggérer à ces messieurs qu'ils pourraient peut-être se rallier au postulat de M. Weck. J'ajoute que je m'engage, à l'occasion de l'étude de celui-ci, à faire examiner également l'idée maîtresse qui est à la base du postulat Klöti. De toute façon, il me semble que l'accord peut se faire ici sur un postulat unique embrassant quand même l'ensemble du problème. Je pense qu'après cette déclaration si formelle de ma part, les trois postulats peuvent être fusionnés en un seul.

Präsident: Sind Sie einverstanden, Herr Bühler?

Ständerat Bühler: Ich erkläre gern meine Zustimmung.

Präsident: Und Sie, Herr Klöti?

Ständerat Klöti: Ich möchte nur gegenüber Herrn Joller sagen, dass der Zweck meines Postulates gerade der war, wenn irgend möglich ohne eine zeitraubende Revision des heutigen Rechtszustandes auszukommen. Deshalb regte ich an, dass der Bundesrat die Initiative ergreife dafür, dass die bestehenden Elektrizitätswerksunternehmungen mit den beteiligten Kantonen und mit dem Bund sich zusammenschließen, um gemeinsam zu prüfen, was den Bedürfnissen der Schweiz entspricht und auf welchem Wege diese Bedürfnisse praktisch ohne behördliche Massnahmen erfüllt werden können. Darin sollte der erste Schritt der postulierten aktiven Elektrizitätspolitik des Bundes bestehen. Nachdem nun Herr Bundespräsident Celio erklärt hat, dass die in meinem Postulat unterbreitete Anregung vom Bundesrat gründlich geprüft werde, habe ich keinen Grund mehr, an meinem Postulat festzuhalten und kann also der erweiterten Fassung des Postulates Weck zustimmen.

Präsident: Wir haben also nur noch den einen Antrag von Herrn Weck.

Abstimmung — Vote
Für den Antrag Weck Einstimmigkeit.

Technische Mitteilungen — Communications de nature technique

Provisorische Stauabschlüsse zur Steigerung der Energiegewinnung

[Nach G. Gruner, Schweiz. Bauztg., Bd. 122 (1943), Nr. 10, S. 107]

627.43

Zur Erhöhung der Energieproduktion einer Wasserkraftanlage dienen häufig die Vergrößerung des Gefälles oder die Vergrößerung des Speichervolumens. Beide Massnahmen bedingen die Erstellung von festen oder beweglichen Stauabschlüssen zur Erhöhung des Oberwasserspiegels.

Die einfachste Methode für die Stauerhöhung ist die Erstellung eines provisorischen Fangdammes. Eine andere Art ist die Erhöhung von bestehenden, gemauerten, festen Wehrüberfällen durch Aufsetzen von provisorischen Wänden aus Profilleisen und Holzbohlen. Diese Konstruktionen ermöglichen Stauerhöhungen in der Grössenordnung von einigen Dezimetern. Für grössere Stauhöhen sind besondere Bauten nötig.

Für den Totensee auf der Grimselpasshöhe, dessen Wasser in Gletsch zur Energieerzeugung ausgenützt wird, wurde ein Projekt aufgestellt, das bei einem Kostenaufwand von rund Fr. 30 000.— und einem Materialbedarf von 30 m³ Holz und 130 m³ Mauerwerk innert 2 Monaten hätte ausgeführt werden können. Dadurch könnte der Wasserspiegel des Totensees um 5½ m gehoben und rund 400 000 m³ Wasser aufgestaut werden, die beim vorhandenen Bruttogefälle von 390 m rund 300 000 kWh Winterenergie ergäben.

Das Elektrizitätswerk der Gemeinde St. Moritz hat im Jahre 1942 beim Ausfluss des Silser- und Silvaplanersees provisorische Stauabschlüsse erstellt. Diese ermöglichen rund 4,5 Millionen m³ Wasser aufzuspeichern und in den Monaten Januar und Februar daraus rund 0,5 Millionen kWh zu erzeugen. Mit Rücksicht auf den Heimatschutz musste das Elektrizitätswerk St. Moritz vorsehen, die provisorischen Stauabschlüsse dieser beiden Seen jeweils während der Sommersaison vollständig zu entfernen.

Der Stauabschluss (Länge ca. 40 m) mit Drahtsenkwalzen besteht zur Hauptsache aus einem festen Wehrkörper. Er hat nur im Hauptstromstrich eine 4,3 m breite Öffnung in Form eines transportablen Holzkastens, die zur Regulierung des Abflusses dient und mit Holzknägeln verschlossen werden kann (Fig. 1). Die Steinsäcke haben eine Länge von rund 2 m und einen Durchmesser von etwa 0,6 m. Der Einbau des Stauabschlusses erforderte etwa 3 Wochen. Er gestattet, den See für eine Spiegelschwankung von 0,69 m, die der mittleren Jahresschwankung des Silvaplanersees entspricht, auszunützen.

Die Betriebserfahrungen des ersten Winters haben gezeigt, dass die Erstellung eines definitiven Stauabschlusses, der ge-

statten würde, das Akkumuliervermögen dieser beiden Seen in ihrem natürlichen Schwankungsbereich, also ohne künstliche Absenkung oder Stauung, auszunützen, in verschiedener Hinsicht erwünscht wäre:

1. könnte dadurch die Energieerzeugung des EW St. Moritz jährlich um 0,5 Millionen kWh wertvoller Winterenergie vergrössert werden;

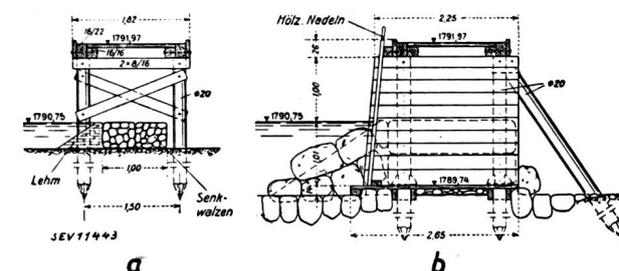


Fig. 1.

Provisorischer Stauabschluss am Silsersee
a Querschnitt durch Holzkonstruktion und Senkwalzen.
b Schnitt durch den hölzernen Durchflusskasten in der Flussrichtung.

2. würde bei einer Kombination dieser Stauabschlüsse mit einer unwesentlichen Baggerung der Seeausflüsse von wenigen Dezimetern Tiefe die Melioration grosser versumpfter Ufergebiete ermöglicht;

3. könnte durch Kombination dieser Wehre mit Fangkästen für die Fische die Laichfischerei zur Aufzucht der Fischbrut in einer Fischbrutanstalt erleichtert werden.

Die Baukosten der beiden Abschlüsse am Silser- und Silvaplanersee, die rund Fr. 18 000.— betragen, konnten im ersten Winter vollständig abgeschrieben werden. Gz.

Bedeutung von Kenngrössen elektrischer Oefen

[Nach R. Czepek, Elektrowärme, Bd. 12 (1942), Nr. 8]

389.6 : 621.365

Im Elektro-Ofenbau zeigen sich Bestrebungen zur Normung der wichtigsten Ofentypen und -grössen. Die folgenden Ausführungen gelten keineswegs als Mitteilungen der in Deutschland mit Normungsaufgaben betrauten offiziellen Stellen; mit dieser Wiedergabe nimmt auch der SEV keinerlei Stellung ein. Sie sind auf Grund der Erfahrungen und Um-